

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Die SPD muß durch deutliche Vertretung ihrer eigenen linken Reform-Positionen die PDS überflüssig machen, empfiehlt die stellvertretende SPD-Vorsitzende **Heidemarie Wleczorek-Zeul MdB**.

Seite 1

In Europa muß die soziale Komponente stärker werden, fordert der SPD-Vorsitzende **Rudolf Scharping MdB**.

Seite 3

Wenn der Bund nicht zu seinen Verpflichtungen steht, sieht der stellvertretende Vorsitzende der SPD, **Wolfgang Thierse MdB**, die gesellschaftswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte in Ostdeutschland gefährdet.

Seite 4

Sachsens Ministerpräsident Kurt Biedenkopf betreibt den Einstieg in den Ausstieg aus der häftigen Finanzierung unserer Sozialversicherungssysteme, fürchtet der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, **Rudolf Dreßler MdB**.

Seite 4

Auf den öffentlichen Diskurs in der Energiepolitik setzt **Professor Monika Ganseforth MdB** nach dem mageren Ergebnis der Enquete-Kommission "Schutz der Erdatmosphäre".

Seite 5

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2 b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

49. Jahrgang / 211

4. November 1994

Die PDS überflüssig machen

SPD muß eigene linke Positionen sichtbar vertreten

Von **Heidemarie Wleczorek-Zeul MdB**
Stellvertretende Vorsitzende der SPD

Während des Bundestagswahlkampfes 1994 habe ich mich selten an der Diskussion über die PDS beteiligt. Meine Grundhaltung zu der CDU/CSU-Diffamierungskampagne gegenüber der SPD war immer: "Die SPD ist die einzige Partei in Deutschland, die nach dem Nationalsozialismus ihren Namen nicht ändern mußte, weil sie immer für Demokratie und gegen die Diktatur eingetreten ist. Von Parteien, die dies nicht von sich sagen können, lassen wir uns keine Belehrungen zu Menschenrechten und Demokratie geben!"

Nach der Bundestagswahl bahnt sich nun aber eine ausführliche Debatte in der SPD über die Frage des Umgangs mit der PDS, an der ich mich beteiligen möchte. Wobei diese Diskussion in Ostdeutschland, bei der die PDS Protestwähler hinter sich scharen konnte, andere Ursachen hat, als in Westdeutschland, wo sie Mini-Ergebnisse erzielte und damit ohne Bedeutung ist.

Aus meiner Sicht gibt es zwei elementare Gründe, warum "Bündnisse" oder Koalitionen der SPD mit der PDS ausscheiden, wobei die Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt eben keinen solchen Fall darstellt. Zur Erinnerung: Reinhold Höppner hat zu seiner Wahl keine einzige Stimme der PDS gebraucht.

- Die PDS hat anders als die frühere ungarische Sozialistische Partei des Gyula Horn, sich nach dem Ende des SED-Staates nicht demokratisch neu gegründet und dabei die Mitglieder ausgeschlossen, die in das unrechtmäßige Herrschaftssystem verstrickt gewesen sind oder Verbrechen begangen haben. Solange sie diesen Grundfehler nicht behebt, solange sie nicht eine wirkliche Aufarbeitung ihrer Geschichte betreibt und sich dies in politischen und programmatischen Veränderungen niederschlägt, ist für mich die PDS grundsätzlich kein Partner, weder im Geiste noch in der Praxis, sondern ein politischer Gegner. Das heißt selbstverständlich nicht, daß normale parlamentarische Kontakte ausgeschlossen wären. Im Gegenteil: Die SPD darf keinen Anlaß geben, daß die PDS sich als Märtyrer aufspielt.



- Die SPD muß alles Interesse daran haben, daß sich links der Mitte dauerhaft keine weitere Partei einrichtet. Jede "Bündnis-Debatte" oder gar eine formelle Koalition würde aber gerade die dauerhafte Existenz der PDS befördern.

Meine Empfehlung ist: Wir sollten versuchen, die Wählerinnen und Wähler von der PDS zurückzugewinnen. Sie haben schließlich zum großen Teil aus Enttäuschung über die Bonner Regierungspolitik ihr Kreuz bei der PDS gemacht.

Wir sollten ehemaligen SED-Mitgliedern, die heute parteilos sind und die keine eigene aktive Verantwortung für Unterdrückung in der ehemaligen DDR haben oder anderen, die sich heute zu den Überzeugungen der SPD bekennen wollen, die Möglichkeit der Mitgliedschaft in der SPD ermöglichen, wie dies auch Richard Schröder fordert. Dies waren auch Willy Brandts Überlegungen nach dem Ende der DDR.

Wenn die SPD die große linke Volkspartei bleiben will und die vielen unterschiedlichen Wählergruppen in diesem Spektrum ansprechen und vertreten will, dann muß sie aber auch ihre eigenen linken Positionen für die Reformen unseres Landes sichtbar und faßbar vertreten. Dann darf sie ihr breites Spektrum nicht verengen.

Die wirtschaftliche Entwicklung ist instabil, die Zwänge der Weltwirtschaft verfestigen die anhaltende hohe Arbeitslosigkeit und die Demontage des Sozialstaates hält an. Unser Land braucht deshalb Reformen, um die Demokratie und den inneren Frieden zu bewahren. Das geht nur mit einer stärkeren SPD. Für fragwürdige Experimente ist die Situation viel zu ernst. Wieder einmal ist nämlich die wichtigste Herausforderung, die sich aus dem instabilen Zustand unserer Republik ergibt, an die alte, sich immer wieder erneuernde Reformpartei SPD gerichtet.

In Westdeutschland scheint mir die PDS zum Teil von denjenigen gewählt worden zu sein, die entweder als frühere orthodox-konservative Linke die DKP oder andere kommunistische Parteien wählten und die PDS als eigentliche "linke Alternative" bewerten. An sie geht meine Aufforderung, ihre eigene frühere unkritische und verharmlosende Haltung zur ehemaligen DDR selbstkritisch zu reflektieren und sich dabei auch auseinanderzusetzen mit orthodoxen Positionen, die keineswegs "links" und die eindeutig widerlegt worden sind: Schematische Geschichtsbilder, die Propagierung der vermeintlichen Überlegenheit von verstaatlichter Ökonomie und Gesellschaft. Schließlich waren deren Konsequenzen die Unterdrückung des einzelnen Menschen und ökologische Verwüstungen. Gewählt wurde die PDS aber auch von Leuten, die ihren Parteiverdruß "von links" ausdrücken wollten.

Linke Politik muß aus meiner Sicht radikal für die Freiheit des Individuums eintreten und sie mit den Erfordernissen gesellschaftlicher Solidarität verbinden. Moderne Gesellschaften können nur mit einem hohen Anteil an dezentralen, selbstorganisierten Regelungsmechanismen demokratisch bestehen und sie müssen zugleich zu einem neuen reformerischen sozialen Konsens fähig sein. Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gilt: Reformen und Emanzipation können und müssen schrittweise weiterentwickelt werden.

(-/4. November 1994/hgs/ks)

Auf dem richtigen Weg

In Europa muß die soziale Komponente stärker werden

Von Rudolf Scharping *

Vorsitzender der SPD und der SPD-Bundestagsfraktion

Dem 40. Ordentlichen Kongreß der Europa-Union Deutschland wünsche ich Erfolg - als SPD-Vorsitzender, als Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, aber auch als Bürger eines Bundeslandes, dessen Menschen Jahrhunderte unter der Gegnerschaft europäischer Staaten litten - die Früchte der europäischen Einigung erleben wir täglich.

Unsere Vision der "Vereinigten Staaten von Europa" war immer mit diesen Hoffnungen auf Frieden und Völkerverständigung verbunden. Nationalisten wollten sie als Utopie verächtlich machen. Die Geschichte hat bewiesen, daß wir auf dem richtigen Weg waren und sind.

Jetzt muß die soziale Komponente stärker werden. Die neue EU-Kommission wird auch dank der sozialdemokratischen Mitglieder einen wirksamen Beitrag für mehr Arbeit und Beschäftigung leisten. Die Kommission der Europäischen Union hat mit ihrem Weißbuch zu Wachstum und Beschäftigung wichtige Anstöße gegeben. Sie sollten auch hierzulande endlich ernst genommen werden. Ebenso wie das Programm gegen Ausgrenzung, das den 50 Millionen Armen in Europa zugute kommen soll, aber von der Bundesregierung blockiert wird.

Europa erwartet wichtige Anstöße von der nächsten Regierungskonferenz 1996: Die Fortschreibung des Vertrages von Maastricht muß mehr Demokratie und Transparenz bringen, das Europäische Parlament soll endlich gleichberechtigt an der Gesetzgebung beteiligt werden, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik darf nicht länger nur auf dem Papier stehen, eine gemeinsame Innen- und Justizpolitik muß den Bürgern mehr Sicherheit bringen. Dazu gehört, daß die organisierte Kriminalität von einer europäischen Polizei bekämpft wird und daß die Zuwanderungs-, Aufenthalts- und Einwanderungspolitik harmonisiert wird. Das liegt in der Logik offener Grenzen und sichert das Vertrauen der Bürger.

Das Jahr 1996 muß auch unseren Nachbarn im Osten und Südosten eine klare Perspektive für den Beitritt zur Europäischen Union geben. Wir wollen keine Freihandelszone nach dem Thatcher-Modell und kein Modell Kerneuropa. Für die Weiterentwicklung der Europäischen Union muß das Prinzip der Gleichheit und Gleichberechtigung der Partner gelten. Sollten sie für einzelne Schritte mit unterschiedlicher Geschwindigkeit für notwendig halten, müssen sich alle Mitgliedstaaten einig sein - keiner darf den anderen bevormunden.

Ich weiß, daß die Europa-Union den Meinungsbildungsprozeß weiter mit Sachkunde parteiübergreifend und engagiert begleiten wird. Für diese Arbeit dankt Ihnen, den Delegierten der Europa-Union, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

(-/4. November 1994/hgs/ks)

.....

* Grußwort zum 40. Ordentlichen Kongreß der Europa-Union-Deutschland in Bremen

Der Bund muß seine Verpflichtung einhalten
Geisteswissenschaftliche Forschungsschwerpunkte in Ostdeutschland erhalten und sichern

Von Wolfgang Thierse MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD und der SPD-Bundestagsfraktion

Im Jahre 1991 empfahl der Wissenschaftsrat die Einrichtung von sieben geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkten (FSP) in Ostdeutschland. Mit der Umsetzung dieser Empfehlung wurde die Max-Planck-Gesellschaft beauftragt. Im einzelnen handelt es sich um die FSP Allgemeine Sprachwissenschaft, Europäische Aufklärung, Literaturforschung, Erforschung des modernen Orients, Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas, Wissenschaftsgeschichte und -theorie Zeithistorische Studien.

Seit ihrer Einrichtung wurde die Entscheidung über die endgültige Etablierung der innovativen geisteswissenschaftlichen Forschungseinrichtungen immer wieder verschoben - zuletzt im Juli 1994. Der Wissenschaftsrat hat auf seiner unmittelbar bevorstehenden Tagung im November erneut die Gelegenheit, die Zukunft der Einrichtungen zu sichern. Wenn die Forschungsschwerpunkte scheitern, bricht das einzige Reformunternehmen ab, das im Bereich Geisteswissenschaften aus der Vereinigung beider Wissenschaftssysteme hervorgegangen ist. Mit Ihnen würde ein wichtiges und erfolgreiches Projekt zerstört. Der Schaden für die Wissenschaftsentwicklung wäre insbesondere in Ostdeutschland verheerend.

Trotz der anfänglichen Zusage des Bundes, seinen Teil zur Finanzierung der Forschungsschwerpunkte beizutragen, ist die Zukunft der Forschungsschwerpunkte unsicherer denn je. Hält der Bund seine Verpflichtungen nicht ein, ist davon auszugehen, daß auch andere sich aus der Finanzierung zurückziehen.

Ich fordere deshalb die Bundesregierung mit Nachdruck auf, durch ihr Votum an der dauerhaften Institutionalisierung der geisteswissenschaftlichen Forschungszentren mitzuwirken und die Finanzierung der Zentren zu sichern.

(-/4. November 1994/hgs/ks)

Skandal in Sachsen
Biedenkopf will ein anderes Sozialsystem

Von Rudolf Dreßler MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

In Sachsen bahnt sich ein Wortbruch an. Alle Länder haben sich bei der Verabschiedung des Pflegeversicherungsgesetzes politisch verpflichtet, zur Finanzierung des Arbeitgeberbeitragsanteiles einen Feiertag abzuschaffen und so den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die volle Beitragslast zu ersparen. Für Dresden soll das vor den Wahlen Zugesagte nun nach den Wahlen nicht mehr gelten.

Die Begründung für diese "Meinungsänderung", Sachsen habe weniger Feiertage als andere Bundesländer, ist ebenso albern, wie an den Haaren herbeigezogen. Die Wahrheit ist viel einfacher. Der sächsische Ministerpräsident Biedenkopf tritt seit Jahr und Tag für die Regelung ein, die jetzt in Sachsen GÜltigkeit erlangen soll: Die Arbeitnehmerschaft möge sich bitte die Pflegeversicherung selbst bezahlen.

Strategisch zielt der Biedenkopf-Vorschlag weiter. Er sucht den Einstieg zum Ausstieg aus der häßlichen Finanzierung unserer Sozialversicherungssysteme. In letzter Konsequenz geht es also gar nicht um die Pflegeversicherung, es geht um eine andere Sozialversicherung. Es geht um den Ausstieg aus dem System und nicht um die Zahl der Feiertage. Herr Biedenkopf und die sächsische CDU trauen sich nur noch nicht, es offen zu sagen.

- o Daß sächsische Arbeiter und Angestellte einen doppelt so hohen Beitrag zur Pflegeversicherung entrichten sollen, wie ihre Kolleginnen und Kollegen in den anderen Bundesländern, ist ein grobes Unrecht.
- o Daß sächsischen Beamten über die steuerfinanzierte Beihilfe jener Arbeitgeberbeitragsanteil frei Haus geliefert wird, der den anderen Arbeitnehmern verweigert wird, ist hingegen ein doppelter Skandal.

(-/4. November 1994/hgs/ks)

Die Gespräche fortsetzen

Die SPD setzt in der Energiepolitik auf den öffentlichen Diskurs

Von Professor Monika Ganseforth MdB

**Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion in der Enquete-Kommission "Schutz der
Erdatmosphäre"**

Zum Abschluß der Arbeit der Enquete-Kommission "Schutz der Erdatmosphäre" bleibt festzustellen, daß es der Kommission nur beim Thema "Landwirtschaft und Wälder" gelungen ist, dauerhaft konstruktiv zusammenzuarbeiten und gemeinsame Handlungsempfehlungen zu entwickeln.

Beim schwierigen Thema Verkehr gingen die Meinungen und Empfehlungen - nicht zuletzt wegen des von der CDU/CSU benannten Sachverständigen aus dem Vorstand eines großen deutschen Automobilkonzerns - weit auseinander.

Beim vorliegenden Abschlußbericht, bei dem es um die zukünftige Energiepolitik geht, schien es lange so, als könne es weitgehend gemeinsame Handlungsempfehlungen geben. Rationelle Energieverwendung, die massive Förderung erneuerbarer Energien und die Reduzierung des Einsatzes vor allem von Kohle, aber auch von Öl und Gas, sind Forderungen, die - ähnlich

wie in der Vorgängerkommission - von allen Mitgliedern getragen werden. Lediglich bei der Atomenergie gingen die Ansichten dieses Mal wieder auseinander. Hier ist die Haltung der Koalitionsvertreter wesentlich atomkraftfreundlicher geworden, was sicherlich auch seine Ursache in der Benennung eines ausgesprochenen Atomlobbyisten als Sachverständigen der Koalition zurückzuführen ist. Angesichts der klimapolitischen Konzeptionslosigkeit der Bundesregierung erscheint den Koalitionsvertretern nunmehr der Ausbau der Atomenergie eine verlockende Alternative zu sein. Ginge man diesen Weg zurück, würde man unweigerlich in der energiepolitischen Sackgasse landen.

Während schnell klar war, daß es bei der Atomenergie keinen Konsens geben würde, waren die Gespräche über gemeinsame Handlungsempfehlungen im übrigen auf einem guten Weg. Gegen Ende der Arbeit am Abschlußbericht kündigte die Koalitionsmehrheit ihre Zusammenarbeit überraschend auf. Dies ist umso bedauerlicher, als diese Entscheidung im wesentlichen auf einem Mangel an Verständigungswillen beruht, wie die Bewertung dieses Vorgangs durch die Koalition selbst zeigt. Diejenigen, die den energiepolitischen Gegensatz aufrecht erhalten und damit die gegenseitige Blockade stabilisieren, sollte bedenken, daß sie nicht nur gegen einen politischen Gegner kämpfen. Vor allem verweigern sie die Verständigung zu Lasten der Dritten Welt und der Nachwelt.

Trotz des gescheiterten Versuchs, gemeinsame Handlungsempfehlungen zu verabschieden, hoffen wir darauf, daß der Verständigungsprozeß in der Öffentlichkeit fortgesetzt wird, und daß dabei die Parteien ihrem Verfassungsauftrag nachkommen, unter Einschluß der Öffentlichkeit zur politischen Willensbildung beizutragen. Hier ließe sich an Kapitel 2 unserer Handlungsempfehlungen anknüpfen, die den Diskussionsstand der gemeinsamen Handlungsempfehlungen bei Abbruch der Gespräche durch die Koalition dokumentieren. Auch die Beschreibung der Ursachen und Auswirkungen der Energienutzung sowie die umfangreiche Auflistung möglicher Handlungsoptionen kann für die notwendige Umstrukturierung der Energieversorgung nützlich sein.

Der Öffentlichkeit ist in vielen Industrieländern vor etwa zwanzig Jahren klar geworden, daß technische Entwicklungslinien in der Regel verborgene politische Entscheidungen enthalten, wie wir in Zukunft leben werden, und daß derartige Entscheidungen nicht von technischen Experten, sondern nur von der Öffentlichkeit insgesamt verantwortet werden können. Unser Beitrag soll der dazu erforderlichen politischen Willensbildung nicht vorgreifen, wohl aber dazu einladen, die Diskussion auf dem in der Kommission erreichten Stand fortzusetzen.

(-/4. November 1994/mgs/ks)
